

## "Man wird doch noch Angst haben dürfen" dans Die Zeit (12. Mai 2005)

**Quelle:** Die Zeit. 12.05.2005, Nr. 20. Hamburg.

**Urheberrecht:** (c) Die Zeit

**URL:** [http://www.cvce.eu/obj/"man\\_wird\\_doch\\_noch\\_angst\\_haben\\_durfen"\\_dans\\_die\\_zeit\\_12\\_mai\\_2005-de-e9f5e451-870f-4ed0-8f5f-85c78bb801a8.html](http://www.cvce.eu/obj/)

**Publication date:** 18/09/2012

## Man wird doch noch Angst haben dürfen

Die EU-Verfassung wird bei uns im Parlament verabschiedet. Auch dort gibt es Skeptiker

Von Jan Ross

Berlin

Wie lange wird das noch funktionieren, die Abschirmung der deutschen Politik vom Groll gegen Brüssel und Europa? Während in Frankreich der Referendumskampf hin- und herwogt, wird der EU-Verfassungsvertrag bei uns glatt und ohne Volksbeteiligung ratifiziert werden – am 27. Mai einstimmig vom Bundesrat, an diesem Donnerstag vom Bundestag mit überwältigender Mehrheit. Aber das europapolitische Idyll und Musterland der Bonner Jahre ist die Bundesrepublik nicht mehr. Die problemlose Verfassungsverabschiedung im Parlament war als Akt deutsch-französischer Amtshilfe gedacht gewesen, als Unterstützungsaktion für Chiracs »Ja«-Kampagne. Stattdessen ist die Sache zum Kristallisationspunkt nun auch deutscher Europakritik geworden. Es wird Gegenstimmen geben, vorwiegend aus dem bayerischen Teil der CDU/CSU-Fraktion, und die Unionsführung hat sich ins Zeug legen müssen, damit es nicht zu viele werden. Etwas christsoziale Sperrigkeit ist in Ordnung und bereits Tradition. Sehr massiver Widerstand würde als Abkehr von der bundesdeutschen Staatsräson wirken, als Fragezeichen hinter der eigenen Regierungsfähigkeit, als Bruch mit dem europapolitischen Erbe von Adenauer bis Kohl.

Es gibt CSU-typische Vorbehalte gegen diesen Verfassungsvertrag – dass sein Europa kein christliches Abendland und dass es zu zentralistisch sei. Doch dahinter steht ein vageres, umfassenderes Gefühl des Nicht-mehr-einfach-alles-abnicken-Wollens. Ironischerweise sind es nicht das Volk, die Medien oder die einfachen Abgeordneten, die zuerst gegen die europapolitische Bravheit rebelliert haben. Es war Bundeskanzler Schröder, der klar gemacht hat, dass die Interessen der deutschen Industrie für ihn mehr zählen als die Wettbewerbsphilosophie der Brüsseler Kommission und dass der Stabilitätspakt in seinen Augen nicht viel mehr als ein Stück Papier ist. Jetzt sind die ausländischen Billiglöhner das Aufregerthema und damit eine Politik, für die Schröder selbst steht: die weitere Expansion der EU, nach Rumänien und Bulgarien, dann auf den westlichen Balkan und schließlich bis zur Türkei. Der Kanzler, der die Frage »Was bringt uns das eigentlich?« in der deutschen Europapolitik salonfähig gemacht hat, wird den Protest gegen eine als bedrohlich empfundene Entgrenzung nicht mehr als Populismus tabuisieren können. Nicht der Verfassungsvertrag, sondern ein Europa, über das man die Kontrolle verloren hat, ist die eigentliche Quelle des Unbehagens.

Die Entgrenzungsangst beschränkt sich nicht auf die Europapolitik. In der Unionsfraktion fällt es zunehmend schwerer, einhellige Zustimmung für die Auslandseinsätze der Bundeswehr zu organisieren – die Fragen »Was sollen wir eigentlich in Afghanistan?« und »Hört Europa denn nirgendwo auf?« sind zwei Seiten derselben Medaille. Die Opposition im Parlament gestattet sich naturgemäß Ohne-uns-Stimmungen eher als die Regierungsparteien, sie ist weniger diszipliniert, strengen gouvernementalen Pflichtmenschen wie Wolfgang Schäuble graut davor. Aber die Verweigerungslust spiegelt zugleich ein Diskussions- und Begründungsvakuum der Außenpolitik, die Ratlosigkeit der Bürger im Angesicht von Minister Strucks wie vom Himmel gefallener Doktrin, Deutschlands Interessen würden jetzt auch am Hindukusch verteidigt.

Beim Thema Europa kommt die Entgrenzungs- mit einer Entmachtungsfurcht zusammen. Die forcierte Ostausdehnung der EU, »Erweiterung« ohne »Vertiefung«, ist gerade den Europafreunden alter Schule verdächtig, doch auch der klassische Glaube an den immer engeren Zusammenschluss Europas verliert an Rückhalt. Der CDU-Abgeordnete Peter Altmaier, der Giscard's EU-Verfassungskonvent angehörte und nach wie vor ein überzeugter Integrationsverfechter ist, stellt einen »Paradigmenwechsel in der deutschen Öffentlichkeit« fest, besonders im bürgerlichen Lager: »Bis Anfang der neunziger Jahre hielt man das deutsche und das europäische Interesse für synonym, für identisch. Jetzt sieht man instinktiv zuerst einen Gegensatz. Das ist ein schleicher Prozess, der sich seit über zehn Jahren vollzieht. Es fing an mit dem noch halb unterdrückten Widerstand gegen den Euro und mit dem Maastricht-Urteil des Bundesverfassungsgerichts.« Kohl konnte in seinen letzten Kanzlerjahren mit seiner persönlichen Autorität und dank der Verknüpfung von Wiedervereinigung und Europapolitik noch einen Kurs halten, gegen den sich der Stimmungsstrom im Grunde schon gedreht hatte. Altmaier erkennt in den Europazweifeln von heute

eine Konsequenz der verspäteten Nationwerdung von 1989/90 – die frisch errungene staatliche Souveränität will man sich nicht gleich wieder wegnehmen lassen.

Im Regierungslager stehen die Dinge etwas anders. Für die Grünen ist die nationale Souveränität kein besonders hoher Wert und die fortgesetzte Osterweiterung gewissermaßen außenpolitisch praktizierte Ausländerfreundlichkeit. Manche ihrer Lieblingsideen, wie in der Gleichstellungs- und Antidiskriminierungspolitik, lassen sich mit der Hilfe Brüssels leichter durchsetzen, als es sonst in Berlin möglich wäre. In der SPD vermisst man, wie bei den französischen Sozialisten, das »soziale Europa«, aber anders als bei den französischen Sozialisten wendet sich dieser Impuls nicht gegen die Brüsseler Institutionen und gegen den Prozess der Integration. Ein linker Sozialdemokrat wie der alte Lafontainist Ottmar Schreiner will die Harmonisierung der Sozialstandards in Europa, wenigstens in einem die Bandbreite reduzierenden »Korridor«. Renationalisierung will er nicht, er kommt aus dem Saarland und hat die Grenzkontrollen noch in Erinnerung, die mittlerweile weggefallen sind, die deutsch-französischen Kriege, in denen Väter und Großväter gekämpft haben. Das sind, von links, Urempfindungen wie bei Helmut Kohl. Dass »Europa« letztlich doch ein Stück fortschrittlicher Internationalismus und die Abkehr von der bismarckdeutschen Staatlichkeit ein Segen ist, das sitzt recht tief in den kulturellen Genen der SPD.

Jedenfalls bei den Funktionären und Parlamentariern. Unter den Mitgliedern und Wählern, beobachtet der Bundestagsabgeordnete Dietmar Nietan, einer der wenigen jungen Außen- und Europapolitiker der Fraktion, gelte »Europa« oft einfach als dasselbe wie »Globalisierung« – ein Angstbegriff von verschärfter Konkurrenz. Das ist die Position der Verfassungsgegner unter den französischen Sozialisten: die EU als »ultraliberal«. Der für die SPD politisch lebenswichtige Gedanke, dass Europa zur Selbstbehauptung eines Sozialmodells taugen könnte, ist nicht leicht plausibel zu machen, und niemand weiß, ob sich bei einer Sozialdemokratie in der Opposition die wiedererwachte Kapitalismuskritik nicht auch gegen Brüssel kehren wird.

Die EU zu superstaatlich, zu ausgefranst, zu marktgläubig – die Einwände passen untereinander nicht zusammen, aber gemeinsam haben sie explosives Potenzial. Sie kontrastieren aufs merkwürdigste mit der geradezu ideologischen Europarhetorik, die seit 2002 durch den Konflikt mit Bush und den Streit um den Irak-Krieg geweckt wurde. Schröder hatte die nationale Karte ausgespielt (über deutsche Politik wird in Berlin entschieden), doch eingebettet in ein größeres, kontinentales Wir der Zivilität, gegen ein Abenteuerertum der Vereinigten Staaten. Im vergangenen Dezember hatte das Kanzleramt den Autor Jeremy Rifkin, Verfasser eines hymnischen Buchs über den »europäischen Traum«, zu einem Vortrag vor den Beamten und Mitarbeitern eingeladen, und die Begeisterung für seinen Pep-Talk im Ton eines Fernseh-Evangelisten war greifbar. Man hungerte geradezu nach Bestätigung und Sinn, und der Name des Sinns war »Europa«. Man kann das Abgrenzungsbedürfnis gegen Amerika, das sich darin zeigt, für falsch und sogar neurotisch halten, aber dass Europa in diesem Licht eine neue Faszinationskraft gewonnen hat, ist unbestreitbar. Die Frage ist nur, ob das alles bloß in einer Sonderwelt der politischen und intellektuellen Elite stattfindet.